



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

7. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 5. bis 7. Juli 2009 in Schwerin

Das 7. Parlamentsforum hat in Schwerin eine Resolution verabschiedet.
Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Martin Kayenburg

**Resolution
des
7. Parlamentsforums Südliche Ostsee**

5. bis 7. Juli 2009

**unter dem Vorsitz des
Landtages Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin, Deutschland**

„Die Umsetzung europäischer Strategien in der südlichen Ostsee“

I.

Die Mitglieder des Parlamentsforums Südliche Ostsee, gewählte Repräsentanten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern, des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma erklären den Willen, die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg als gleichberechtigten Partner aufzunehmen.

II.

Das 7. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat während seiner Konferenz vom 5. bis 7. Juli 2009 in Schwerin im Hinblick auf „Die Umsetzung Europäischer Strategien in der südlichen Ostsee“ die regionale Zusammenarbeit in den Themenbereichen

- „Verkehr und Energie“,
- „Maritime Wirtschaft und Maritime Sicherheit“ sowie
- „Tourismus und Kultur“

mit Sachverständigen aus allen beteiligten Regionen beraten und kommt auf dieser Grundlage zu folgenden Ergebnissen:

1. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee begrüßt die erstmalige Vorlage des Entwurfes einer Strategie und eines Aktionsplanes für eine Makroregion in Europa. Die Strategie und der Aktionsplan bedürfen jedoch nach Auffassung des Parlamentsforums Südliche Ostsee der Ergänzung und der Fortentwicklung im Sinne des Ausgleichs der Interessen aller Regionen der Südlichen Ostsee.

Die Strategie wurde unter breiter Beteiligung der Regionen erarbeitet. Vor diesem Hintergrund hat sich das Parlamentsforum Südliche Ostsee im vergangenen Jahr schwerpunktmäßig mit strategischen Ansätzen für die Entwicklung der Ostseeregion befasst. Hierzu hat das Forum eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Erarbeitung einer EU-Strategie für den Ostseeraum durch die Europäische Kommission begleitet hat.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat über seine Arbeitsgruppe Stellungnahmen zu diesem Thema in die öffentliche Konsultation zu der Strategie sowie die 2. Stakeholderkonferenz der EU-Kommission am 5. und 6. Februar 2009 in Rostock-Warnemünde eingebracht.

Im Rahmen dieser Stellungnahme wurde seitens des Parlamentsforums insbesondere auch die Notwendigkeit einer parlamentarischen Dimension herausgestellt. Darüber hinaus wurden zu den einzelnen Themenfeldern der Strategie detaillierte Vorschläge unterbreitet, wie etwa zur Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes, zur Energie- und Klimapolitik, zum „Clean Baltic Shipping“, zur Implementierung des EU-Binnenmarktes, zur Fischerei, zum Tourismus und kulturhistorischen Erbe, zur künftigen Verkehrspolitik sowie zur europäischen Meerespolitik. Viele dieser Vorschläge finden sich im Rahmen dieser Strategie inhaltlich wieder.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee fordert das Europäische Parlament und den Europäischen Rat auf, im Rahmen seiner Erörterungen und seiner Zustimmung zur Strategie dem Aspekt des Interessenausgleichs zwischen den Regionen in besonderem Maße Rechnung zu tragen. In diesem Sinne ist die Strategie unter Beteiligung aller Regionen kontinuierlich weiterzuentwickeln.

2. Nach ihrer Verabschiedung sind die Regierungen und Verwaltungen der Regionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee gefordert, die Inhalte der Ostseestrategie umzusetzen. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee empfiehlt, dabei folgenden Bereichen besondere Aufmerksamkeit zu widmen:

Grundfragen der Steuerung und Umsetzung der Strategie (Governance)

- a) Die Umsetzung der Strategie erfordert eine **parlamentarische Dimension**: Die Beteiligung der Akteure im Ostseeraum an der Steuerung und Umsetzung der Strategie (Governance) – entsprechend dem Vorgehen der Europäischen Kommission bei der Erarbeitung – ist unabdingbar. Dabei müssen die gewählten Vertretungskörperschaften in der Region eine mitentscheidende Rolle erhalten, weil sie die Menschen der Region repräsentieren. Ihre Beteiligung sichert die breite Diskussion über die Inhalte der Strategie in der Region und bringt sie zu den Menschen.
- b) Die Umsetzung der Strategie erfordert eine erkennbare **regionale Dimension**: Das heißt, bei der Umsetzung sollten neben der nationalen Ebene insbesondere auch die unmittelbar an der Ostsee gelegenen Regionen einbezogen werden. Von daher sollte für Regionen, in noch stärkerem Umfang als gegenwärtig geplant, die Möglichkeit eröffnet werden, Koordinator („Lead Party“) für einzelne „Flaggschiff-Projekte“ zu werden und weitere „Flaggschiff-Projekte“ aus der Region der südlichen Ostsee in den Aktionsplan aufzunehmen.
- c) Die Umsetzung der Strategie erfordert perspektivisch auch eine **institutionelle Dimension**: Die Diskussion im Rahmen der Erarbeitung der Strategie hat gezeigt, dass Ergebnisse, die auf einem institutionalisierten Verhandlungswege erzielt werden, am besten als Bestandteil der Ostseestrategie akzeptiert werden. Ein gutes Beispiel einer dergestalt institutionalisierten Zusammenarbeit ist die Helsinki-Kommission mit dem Ostsee-Aktionsplan, in der die Staaten der gesamten Ostseeregion im Rahmen kontinuierlicher und fundierter Beratungs- und Entscheidungsprozesse ein Ergebnis erarbeiten, dem alle Beteiligten zustimmen.
- d) Die Strategie verlangt in der Umsetzung eine **Interessen ausgleichende Dimension**: Im Hinblick auf die Prioritätensetzung und die Verteilung der Flaggschiff-Projekte ist eine gleichmäßig Berücksichtigung der Interessen der beteiligten Länder und Regionen erforderlich, um die notwendige Akzeptanz in der Umsetzung zu erreichen. Dabei ist das Ziel zu verfolgen, den Erfordernissen der künftigen Entwicklungen der einzelnen Regionen weitestgehend Rechnung zu tragen. Auch innerhalb der einzelnen Regionen ist bei konkurrierenden Interessenlagen hinsichtlich des Ressourcenschutzes und der Ressourcennutzung die Ausgewogenheit der Maßnahmen und Aktionen unter besonderer Berücksichtigung sozialer Aspekte (Beschäftigungsproblematik) zu wahren.

- e) Die Umsetzung der Strategie erfordert eine **administrative Dimension**: Insoweit ist eine fachübergreifende Zusammenarbeit aller relevanten Institutionen im Rahmen einer horizontalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter Respektierung internationaler Vereinbarungen und Konventionen sowie einer vertikalen Zusammenarbeit zwischen der regionalen, der nationalen, der europäischen und der internationalen Ebene im Sinne einer „Multilevel Governance“ notwendig. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee begrüßt, dass zur Überprüfung des Fortgangs der Umsetzungsbemühungen deren regelmäßige „Beobachtung“ vorgesehen ist. Dabei ist jedoch darauf zu achten, soweit wie möglich von bestehenden Berichtsstrukturen (z. B. im Rahmen von HELCOM) Gebrauch zu machen; umfassende neue Berichtspflichten und Strukturen sind zu vermeiden.
- f) Die Umsetzung der Strategie erfordert auch eine **gesamtgesellschaftliche Dimension**: Notwendig ist eine enge Zusammenarbeit von Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und allen sonstigen gesellschaftlichen Gruppen sowie insbesondere die Einbindung junger Menschen, um langfristig den Erfolg der Umsetzung der Strategie zu gewährleisten und diese auf eine möglichst breite gesellschaftliche Basis zu stellen.
- g) Die Umsetzung der Strategie erfordert **auch eine alle Ostseeanrainer einbeziehende Dimension**: Eine EU-Strategie für den Ostseeraum als großräumiger Entwicklungsansatz kann nur dann zu befriedigenden Ergebnissen führen, wenn alle Ostseeanrainer – d. h. neben den EU-Mitgliedstaaten insbesondere auch Russland – berücksichtigt werden. Es ist notwendig, eine bereichsübergreifende Beteiligung Russlands und eine praktische Zusammenarbeit auf den Sektoren der Strategie zu gewährleisten, die die gesamte Ostsee betreffen.
- h) Die Umsetzung der Strategie erfordert eine Klärung der **finanziellen Dimension**: Die in der Strategie enthaltenen zum Teil sehr anspruchsvollen Ziele und Maßnahmen können nicht kostenlos erreicht werden. Zu deren Umsetzung sind Konsultationen mit den interessierten Regionen über die Finanzierungsquellen zu führen. Insbesondere angesichts der Aussage der Europäischen Kommission, keine zusätzlichen Finanzmittel zur Umsetzung der Strategie vorzusehen, fordert das Parlamentsforum Südliche Ostsee die nationalen Regierungen und Parlamente auf, im Rahmen ihrer jeweiligen Haushaltsentscheidungen für die Bereitstellung angemessener Haushaltsmittel Sorge zu tragen.

Umwelt

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- a) begrüßt die durch die Europäische Kommission vorgenommene Einbindung des HELCOM-Ostseeaktionsplans als Kernelement der Umweltsäule der EU-Strategie sowie des Aktionsplanes zur Umsetzung der Strategie;
- b) hält es für erforderlich, dass die im Rahmen internationaler Vereinbarungen eingegangenen Verpflichtungen in angemessenen nationalen und regionalen Aktionsplänen fortgeschrieben und erfüllt werden;
- c) unterstützt die Forderung der EU-Ostseestrategie, die Ostseeregion als Pilotprojekt im Rahmen der Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie vorzusehen, mit dem Verständnis, dass die Europäische Kommission Unterstützung zur schnelleren Erreichung der Ziele des HELCOM-Ostseeaktionsplanes gewährt;
- d. hält es für erforderlich, im Rahmen der Reform der gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) Möglichkeiten eines alternativen Managements der Fischbestände dergestalt zu entwickeln, dass bei Einhaltung von Restriktionen in bestimmten Meeresgebieten (Sperrzonen, technische Maßnahmen, etc.) in anderen Meeresteilen auf Reglementierungen verzichtet wird;
- e. spricht sich dafür aus zu prüfen, inwieweit Fischereisperrzonen in Einklang mit Schutzgebieten des Netzwerkes NATURA-2000 zu bringen sind;
- f. spricht sich dafür aus zu prüfen, inwieweit die Einordnung bestimmter Arten in die Anhänge I und II der EU-Vogelschutz-Richtlinie (79/409/EWG) vor dem Hintergrund des Schutzbedürfnisses anderer Arten den Notwendigkeiten im Hinblick auf den Arten- und Biodiversitätsschutz entspricht;
- g. betont die Notwendigkeit, dass Strategien für eine nachhaltige Sicherung und Bewirtschaftung der Fischbestände der Ostsee entwickelt werden. Mit der Ostseestrategie sollte daher auch ein koordiniertes und konsequentes Vorgehen gegen die illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei unterstützt werden.

Wohlstand

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- a) betont die Bedeutung der Lissabon-Agenda auch für die Ostseestrategie, die insoweit auch als eine Konkretisierung dieser Agenda für den Ostseeraum angesehen wird;
- b) unterstützt das Ziel der Kommission, die Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarktes im Ostseeraum zu verbessern;
- c) betont die Notwendigkeit, im Rahmen der Umsetzung der Strategie besonderen Wert auf die Entwicklung eines Programms für Innovationen, Cluster und Netzwerke für kleine und mittlere Unternehmen zu legen, um die internationale Zusammenarbeit im Ostseeraum zu fördern;
- d) ist der Überzeugung, dass die Globalisierung zu einer steigenden Bedeutung von Forschung und Entwicklung führt; vor diesem Hintergrund sollte die Möglichkeit untersucht werden, Stipendien und Praktikumsprogramme für Studenten und Wissenschaftler im Ostseeraum noch weiter auszubauen;
- e) teilt die Auffassung der Kommission, dass die Zusammenarbeit in der Ostseeregion auf den Gebieten der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in Anbetracht der besonderen Bedeutung für die Wirtschaft und die nachhaltige Entwicklung des Ostseeraumes von besonderer Bedeutung sind;

Erreichbarkeit und Attraktivität

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- a) ist der Auffassung, dass die südliche Ostseeregion im Rahmen der Revision der TEN-Leitlinien besonders berücksichtigt werden sollte und appelliert an die nationalen Regierungen, dieses Anliegen zu unterstützen;
- b) fordert konkrete Maßnahmen zur Aktivierung der Kurzstreckenseeverkehre im Bereich der südlichen Ostsee, um die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen den einzelnen Regionen weiter zu verbessern;
- c) sieht die Erarbeitung von Hafenentwicklungskonzepten und Hinterlandanbindungen für alle Verkehrsträger einschließlich der Binnenschifffahrt, der Schiene und der Straße als förderlich an;

- d) sieht über die im Aktionsplan hinaus identifizierten Handlungsbedarfe eine weitere Verbesserung der landseitigen Verkehrsverbindungen im südlichen Ostseeraum als notwendig an und zwar durch Fortentwicklung des Aktionsplanes, um die Erreichbarkeit der Region über Nord-Süd- und Ost-West- Verkehrskorridore zu verbessern;
- e) unterstützt das Ziel der Kommission, die Energieversorgungssicherheit (Strom und Gas) durch einen einheitlichen Markt sowie den grenzüberschreitenden Ausbau und die Verknüpfung von Netzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten und dabei sauberen Energien einen Vorrang einzuräumen;
- f) unterstreicht die Notwendigkeit, dass alle Ostseeanrainer ihre Arbeiten an der Umsetzung der maritimen Raumplanung entsprechend den Vorgaben des Blaubuches und unter Einbeziehung von VASAB (Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010) und der Raumordnung der Regionen intensivieren, mit dem Ziel, ordnungspolitische Instrumente für eine effektive integrierte Raumplanung auf See von allen Anrainerstaaten gleichermaßen anzuwenden. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee spricht sich für ein Pilotprojekt für die maritime Raumordnung im Ostseeraum aus. Mittels eines solchen Projektes könnten EU-Mitgliedsstaaten und ihre Nachbarn Antworten auf die Herausforderungen in ihren Küstenzonen finden, die gleichzeitig nationale und internationale Bedingungen berücksichtigen;
- g) unterstreicht erneut das Erfordernis, einen die Regionen des Ostseeraumes verbindenden und ganzjährigen Tourismus zu fördern, der insbesondere auch das kulturelle Erbe berücksichtigt und die Ostseeregion als Destination für den internationalen Tourismus attraktiv macht. Das setzt die Entwicklung von unterschiedlichen touristischen Netzwerkprodukten voraus;
- h) ist der Überzeugung, dass die nachbarschaftlichen Beziehungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu Russland weiter verbessert werden müssen, insbesondere auch durch die Zusammenarbeit auf der Ebene der lokalen und regionalen Regierungen, der Bildungs- und Kultureinrichtungen und der Nichtregierungsorganisationen.

Sicherheit

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

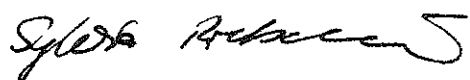
- a) sieht es als notwendig an, dass dem Thema „Maritime Sicherheit“ weiterhin eine hohe Priorität eingeräumt wird und im Rahmen der Fortschreibung der Strategie zusätzliche Maßnahmen vereinbart werden, wie etwa die Verstärkung der Lotsenannahme in engen und schwierigen Fahrgebieten und die Maßnahmen des dritten Seesicherheitspaketes der EU zügig in nationales Recht umgesetzt werden und
- b) unterstützt zur Gewährleistung der maritimen Sicherheit Lösungen, die die maritimen Aktivitäten, das Frachtaufkommen, die Schiffsgrößen sowie die technischen Entwicklungen berücksichtigen und unterstreicht dabei die Notwendigkeit, dass die daraus resultierenden Probleme und Risiken für die Seefahrt in Raumplanungsverfahren umfassend abgeschätzt werden;
- c) unterstützt die Einrichtung eines die gesamte Ostsee abdeckenden Seeraumüberwachungssystems, um die maritime Sicherheit und Security in der Ostseeregion im Hinblick auf Umweltgefahren, Notfallsituationen, Straftaten und sonstige Anomalien weiter zu verbessern, wobei die Intensivierung und Ausdehnung bereits bestehender Kooperationen voranzutreiben sind sowie untereinander kompatible Konzepte, technische Lösungen und Verfahren zur Bereitstellung eines robusten und kosteneffektiven Systems zur Seeraumüberwachung vorzulegen sind;
- d) sieht es als erforderlich an, dass im Rahmen der Weiterentwicklung der Strategie durch eine enge Kooperation und in allen Ostseeanrainerstaaten durch eine konsequente Ausschöpfung der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten der veränderten Sicherheitslage begegnet wird, um so wirksam die unterschiedlichen Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität bekämpfen zu können;
- e) spricht sich für eine einheitliche Interpretation und Anwendung des ISPS-Codes in Häfen der Ostseeregion aus, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

III.

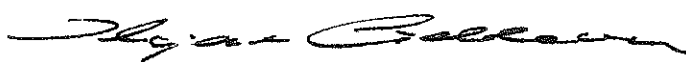
Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- dankt dem Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren für die Bereitschaft, das 8. Parlamentsforum Südliche Ostsee im Jahre 2010 auszurichten.

Schwerin, 7. Juli 2009



Landtag Mecklenburg-Vorpommern



Sejmik der Woiwodschaft Westpommern



Schleswig-Holsteinischer Landtag



Sejmik der Woiwodschaft Pommern



Bürgerschaft der Freien und
Hansestadt Hamburg

Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren



Kaliningrader Gebietsduma



**Resolution
of the
7th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum
held from 5 to 7 July 2009**

**under the Chairmanship of the
Parliament of Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin, Germany**

“Implementation of European strategies in the Southern Baltic Sea”

I.

The members of the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum, elected representatives of the Parliament of Schleswig-Holstein, the Parliament of Mecklenburg-Vorpommern, the Parliament of the Province of Western Pomerania, the Parliament of the Province of Pomerania, the Parliament of the Province of Warmińsko-Mazurskie, as well as the regional Duma of Kaliningrad, declare their intention to accept the Parliament of the Free and Hanseatic City of Hamburg as an equal partner.

II.

At its conference from 5 to 7 July 2009 in Schwerin, the 7th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum discussed regional co-operation on the “Implementation of European strategies in the Southern Baltic Sea” in the areas of

- “Transport and Energy”,
- “Maritime Industry and Maritime Safety” as well as
- “Tourism and Culture”

with experts from all the regions involved and, on this basis, came to the following conclusions:

1. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum welcomes the fact that for the first time a draft of strategy and action plan was developed for a macroregion in Europe. In the opinion of the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum, the Strategy and the Action Plan need to be further complemented and developed to balance interests of all regions of the South Baltic Sea.

The regions were extensively involved in the development of the strategy. Against this background, the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum's work last year was focused on strategic approaches to developing the Baltic Sea Region. To this end, the Forum established a working group which supported European Commission in developing an EU Strategy for the Baltic Sea Region.

Via its working group, the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum presented statements on this topic within the framework of the public consultation on the strategy and at the EU Commission's 2nd Stakeholders Conference held on 5 and 6 February 2009 in Rostock-Warnemünde.

In these statements, however, the Parliamentary Forum specifically emphasised the need for a parliamentary dimension. In addition, the Forum submitted detailed proposals on each of the various issues addressed in the strategy, e.g. on the implementation of HELCOM's Baltic Sea Action Plan, on energy and climate policies, on "Clean Baltic Shipping", on the implementation of the single European market, on fishing, on tourism and the cultural historical heritage, on future transport policy and European maritime policy. The substance of many of these proposals has been included within the framework of this strategy.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum appeals to the European Parliament and the European Council to include in particular the aspect of equalizing development opportunities for all regions in the legislative process. To this end, the Strategy should be continuously developed and improved, ensuring involvement of all regions.

2. After its adoption, the governments and administrations of the regions represented in the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum will be called upon to translate the substance of the Baltic Sea Strategy into practice. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum recommends that particular attention should be devoted to the following issues:

Fundamental issues relating to the management and implementation of the strategy (governance)

- (a) The implementation of the strategy requires a ***parliamentary dimension***: It is indispensable that the players in the Baltic Sea Region be involved in the management and implementation of the strategy (governance), in keeping with the approach adopted by the European Commission when drafting the strategy. In this context, the elected legislative bodies in the region will have to be given a “co-decision-making” role because they represent the people of the region. Their involvement ensures that the substantive elements of the strategy will be broadly discussed within the region and that the strategy will be brought to the people.
- (b) The implementation of the strategy requires a visible ***regional dimension***: This means that, along with the national level, the regions – in particular those which are located directly on the Baltic Sea – should be involved in the implementation. For this reason, regions should – above and beyond what is currently planned – be given the opportunity to be the coordinators (“lead parties”) for specific “flagship projects” and to include additional “flagship projects” from the Southern Baltic Sea Region in the Action Plan.
- (c) In the medium term, the implementation of the strategy also requires an ***institutional dimension***: The discussions that took place when the strategy was drafted have shown that results achieved by means of institutionalised negotiations are most easily accepted as components of the Baltic Sea Strategy. One good example of such institutionalised co-operation is the Helsinki Commission’s Baltic Sea Action Plan where all the countries of the Baltic Sea Region are involved in ongoing and well-founded consultation and decision-making processes, leading to results that all the parties involved agree to.
- (d) The implementation of the strategy requires a ***dimension of reconciling interests***: As far as the prioritisation and the distribution of the flagship projects is concerned, it will be necessary to make allowance on an equal footing for the interests of the countries and regions concerned in order to achieve the necessary acceptance during the strategy’s implementation. In this context, the objective will be to take the requirements of the various regions’ future development into account as much as possible. And if there are conflicting interests between protecting and utilising resources within the various regions, balanced measures and actions should be adopted, with special consideration given to social aspects (issue of employment).

- (e) The implementation of the strategy requires an **administrative dimension**: In this context, it will be necessary for all relevant institutions to become involved in interdisciplinary cooperation, not only horizontally (across national borders) while respecting international agreements and conventions, but also vertically between the regional, national, European and international level along the lines of “multi-level governance”. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum welcomes the fact that the implementation efforts will be regularly “monitored” to check progress. However, it will have to be ensured that available reporting structures (e.g. within the framework of HELCOM) will be used as much as possible; extensive new reporting duties and structures should be avoided.
- (f) The implementation of the strategy also requires a **society-wide dimension**: Close co-operation will be required among players from politics, academia, business and all other groups in society, in particular young people, in order to guarantee the long-term success of the strategy’s implementation and to ensure that the strategy will be based on the broadest possible platform in society.
- (g) The implementation of the strategy also requires a ***dimension that encompasses all the Baltic Sea countries***: An EU Strategy for the Baltic Sea Region can only lead to satisfactory results as a wide-area development approach if it covers all the Baltic Sea countries, including in particular Russia in addition to the EU Member States. It is necessary to ensure Russia’s cross-sectoral involvement as well as its practical co-operation in all sectors of the strategy that affect the entire Baltic Sea Region.
- (h) The implementation of the strategy requires clarification of the **financial dimension**: The objectives and measures specified in the strategy – some of which are very ambitious – cannot be reached or implemented free of charge. For their implementation, it will be necessary to have consultations with the interested regions about funding sources. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum calls upon national governments and parliaments to allocate sufficient funds within the framework of their budgetary appropriations, in particular in view of the European Commission’s statement that no additional funds have been earmarked for the implementation of the strategy.

Marine Environment

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- (a) welcomes the European Commission's inclusion of HELCOM's Baltic Sea Action Plan as a core element of the EU Strategy's environmental pillar and of the action plan for the strategy's implementation,
- (b) feels that it is necessary that obligations assumed within the framework of international agreements should be updated and fulfilled in suitable national and regional action plans,
- (c) supports the objective specified in the EU's Baltic Sea Strategy to earmark the Baltic Sea Region for a pilot project within the framework of the implementation of the EU's Marine Strategy Framework Directive, with the understanding that the European Commission will provide support to ensure that the objectives of HELCOM's Baltic Sea Action Plan will be reached more quickly,
- (d) feels that it is necessary to develop options for alternative fish stock management within the framework of the reform of the Common Fisheries Policy (CFP), so that if restrictions are observed in certain marine areas (prohibited zones, technical measures, etc.), there will be no need for regulation in other marine areas,
- (e) proposes examining whether non-fishing zones can be reconciled with the protected areas of the NATURA 2000 network,
- (f) proposes examining whether the classification of certain species in Annexes I and II of the EU's Directive 79/49/EEC on the Conservation of Wild Birds meets the needs of protecting species and preserving biodiversity, given the need to protect other species,
- (g) emphasises the need to develop strategies that will effectively safeguard and manage the Baltic Sea's fish stocks. The purpose of the Baltic Sea Strategy should therefore also be to support coordinated and consistent actions against illegal, non-notified and non-regulated fishing.

Prosperity

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- (a) emphasises the important role which the Lisbon Agenda also plays for the Baltic Sea Strategy, which can therefore also be seen as an implementation of this agenda for the Baltic Sea Region,
- (b) supports the Commission's objective to improve the effective functioning of the EU's internal market in the Baltic Sea Region,
- (c) emphasises the need to attach particular importance – within the framework of the strategy's implementation – to the development of a programme for innovation, clusters and networks for small and medium-sized enterprises in order to promote international co-operation in the Baltic Sea Region,
- (d) is convinced that globalisation will increase the importance of research and development; against this background, it should be examined whether it is possible to continue to broaden the scope of scholarship and internship programmes for students and scholars in the Baltic Sea Region,
- (e) shares the Commission's view that co-operation in the Baltic Sea Region in the fields of agriculture, forestry and fishery is of particular importance, in view of the particular relevance of such co-operation for the economy and the sustainable development of the Baltic Sea Region.

Accessibility and Attractiveness

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- (a) believes that particular attention should be paid to the Southern Baltic Sea Region within the framework of the revision of the TEN Guidelines, and appeals to national governments to support this request,
- (b) calls for the adoption of specific measures to activate short-haul sea traffic in the Southern Baltic Sea Area in order to continue to improve the economic and social relations among the various regions,
- (c) believes that the preparation of port development concepts and the development of hinterland connections will be beneficial for all modes of transport, including inland waterway, rail and road transport,

- (d) considers necessary to further improve land-based transport links in the Southern Baltic Sea Region through expanding the action plan to balance accessibility of regions in north-south and east-west corridors.
- (e) supports the Commission's objective of securing the supply of energy (electricity and gas) by establishing a single market and by expanding and interconnecting grids across national boundaries, in particular integrating energy systems between EU Member States, and giving precedence to clean energy sources,
- (f) underlines the need for all Baltic Sea countries to step up the efforts they are making to implement maritime spatial planning in accordance with the requirements specified in the Blue Paper and taking into consideration VASAB (Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010), and regional policies in this area with the objective that regulatory instruments for effective integrated maritime spatial planning should be applied by all the Baltic Sea countries alike. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum is in favour of implementing a pilot project for maritime spatial planning in the Baltic Sea Region. By means of such a project, EU Member States and their neighbours could find answers to the challenges in their coastal areas, taking into account both national and international conditions,
- (g) once again underlines the need to promote year-round tourism that will link the various sub-regions in the Baltic Sea Region and that will pay particular attention to the cultural heritage, and make the Baltic Sea Region an attractive international tourist destination. A precondition for this is creating various network tourist products.
- (h) is convinced that it is necessary to further improve the neighbourly relations of the EU Member States with Russia, in particular through co-operation at the level of local and regional governments, educational and cultural institutions, as well as non-governmental organisations.

Safety and Security

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- (a) feels that it is necessary to continue to give high priority to the topic of “Maritime Safety”, that the strategy will have to be updated by agreeing on additional measures such as increasing the compulsory use of pilots in narrow and difficult fairways, and that the measures of the EU’s third maritime safety package will be quickly translated into national law, and
- (b) supports solutions that guarantee maritime safety taking into consideration human activity at sea, increase in volume of cargo transported, growing size of vessels, and other new technical offshore projects, and emphasises the need to include assessment of problems and threats to sea shipping in the process of spatial planning.
- (c) supports the establishment of a vessel traffic monitoring system that will cover the entire Baltic Sea in order to continue to improve maritime safety and security in the Baltic Sea Region in terms of environmental hazards, emergencies, criminal activity and other anomalies; to this end, current co-operation should be promoted by intensifying it and broadening its scope, and concepts, compatible technical solutions and procedures for the development of a robust and cost-effective vessel monitoring system should be presented,
- (d) feels that it is necessary to respond to the changing security environment by further developing the strategy through close co-operation and by consistently applying the legal instruments available in all the Baltic Sea countries in order to effectively combat the various forms of cross-border crime.
- (e) promotes uniform interpretation and use of the ISPS-code in ports of the Baltic Sea to avoid distortion of competition.

III.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

- thanks the Parliament of the Province of Warmińsko-Mazurskie for offering to host the 8th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum in the year 2010.

Schwerin, 7th July 2009

Parliament of Mecklenburg-Vorpommern

Parliament of the Province of
Western Pomerania

Parliament of Schleswig-Holstein

Parliament of the Province of
Pomerania

Parliament of the Free and
Hanseatic City of Hamburg

Parliament of the Province of
Warmińsko-Mazurskie

Regional Duma of Kaliningrad